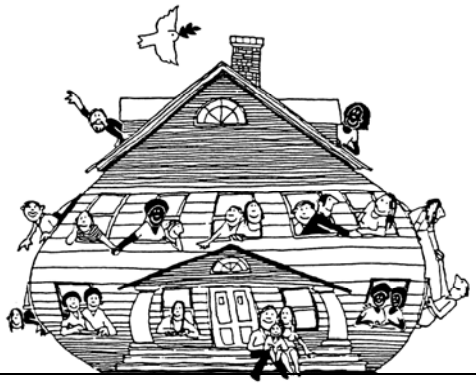


Brot & Rosen

Leben in Gemeinschaft

Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden

Gastfreundschaft für obdachlose Flüchtlinge

Rundbrief Nr. 27 / Dezember 2002 **Diakonische Basisgemeinschaft in Hamburg**

Liebe Freundinnen und Freunde,

Advent ist die Zeit der Erwartung, der Vorbereitung auf Neues. Gott begegnet uns immer wieder auf überraschende Weise, manchmal dort, wo wir ihn überhaupt nicht erwartet hätten – in einem Stall, in einem fremden Gesicht, in der Unsicherheit eines neuen Weges. Es ist gut, gestärkt mit dieser Weisheit unseres Glaubens die nächsten Schritte zu wagen und darauf zu vertrauen, dass Gutes für uns verheißen ist.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine erwartungsvolle und friedliche Advents- und Weihnachtszeit!

Dietrich Gerstner (für die Gemeinschaft)

Aus der Gemeinschaft:

Veränderung hört nie auf

Die Nächte sind wieder lange, und draußen ist es kalt. Beim Laternenlaufen haben wir gerade die Geschichte vom Heiligen Martin gehört, der in dieser bitteren Kälte seinen Mantel mit einem armen Bettler teilte, kurz bevor er seinen Dienst als römischer Offizier quittierte und den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigerte. Zeit der Laternen, der Lichter und der Besinnung. Zeit, innezuhalten und über die vergangenen Monate nachzudenken.

Der große Umbruch mit unseren MitbewohnerInnen ist für dieses Jahr vollzogen. Seit Juli sind vier MitbewohnerInnen ausgezogen, um eigenständig die nächsten Schritte zu gehen. Anfang November zog als letzte Michelle aus, nachdem sie vor einem Jahr vor ausbeuterischen Lebensumständen zu uns geflohen war. Nun lebt sie bei einer Freundin unserer Gemeinschaft, die ihr einen Platz in ihrem Haus angeboten hat. Das ist ein sichtbares Zeichen des Zusammenwachsens zwischen uns und unserem treuen Freundeskreis, wofür wir sehr dankbar sind.

Gleichzeitig sind vier neue MitbewohnerInnen zu uns gestoßen, zwei Männer und eine Frau mit ihrer kleinen Tochter. Das bedeutet neues Sich-Kennenlernen, ein neues Sich-Einspielen im Alltag.

Fortsetzung auf Seite 2

Hurra, das Spendenparlament bezahlt die Neugestaltung unseres Essbereichs!

Thema:

„Heiteres“ Altersraten

Ein halbes Jahr lang begleitete Franziska Gottschalk vom Café Exil aus jugendliche Flüchtlinge in die Hamburger Ausländerbehörde und zur Untersuchung für die Altersfeststellung. Diese hat massiven Einfluss auf den weiteren Verlauf des Aufenthalts der Kinder und Jugendlichen in Deutschland: Ab 16 gelten Flüchtlinge als asylmündig und müssen ihr Aufenthaltsrecht selbständig erwirken. Im folgenden schildert Franziska kritisch das Verfahren.

Kinder und Jugendliche machen sich aus den verschiedensten Ländern allein auf den Weg nach Europa. Die Gründe, warum Kinder und Jugendliche ihr Herkunftsland verlassen, sind vielfältig. Sie reichen von materieller Not, sozialer Diskriminierung und schlechten oder keinen Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten über Umweltzerstörung bis hin zur direkten Bedrohung durch bewaffnete Konflikte und/oder politischer Verfolgung.

Fortsetzung auf Seite 4

Veränderung hört nie auf

Fortsetzung von Seite 1

Es ist zu spüren, wie damit auch wieder ein bisschen frischer Wind ins Haus gekommen ist. Und mit der kleinen Kathleen haben wir nun sechs Kinder im Haus! Da könnten wir bald unseren eigenen Kinderladen aufmachen. Apropos: Seit Anfang November gehen unsere drei „Großen“, Jonas, Catherine und Joel, in das Kindertagesheim direkt nebenan – Joel und Catherine zur regulären Kindergartengruppe, Jonas als Schulkind am Nachmittag zu den „Schulis“.

Seit Herbst veranstalten wir monatlich nur noch einen Offenen Abend oder Hausgottesdienst. Mit der Ankunft der Zwillinge bei uns Gerstners und insgesamt weniger Kapazität wollten wir unsere Aktivitäten etwas einschränken. Gleichzeitig spürten wir das Bedürfnis, uns regelmäßiger im kleinen Rahmen mit einem festen Kreis von Menschen zu treffen, die über die Jahre hinweg zu festen FreundInnen der Gemeinschaft geworden sind. Noch stehen wir damit am Anfang, aber wir sind guter Hoffnung, dass sich damit der Kreis der Menschen, die Brot & Rosen in irgendeiner Form mittragen, erweitern wird. Aus diesem Freundeskreis ist uns zudem seit dem Sommer Andrea Burkhardt tatkräftig zu Seite gesprungen, indem sie regelmäßig ins Haus kommt, uns damit einen Hausdienst abnimmt und gleichzeitig viel Haushalt und Verwertung von Lebensmitteln vornimmt. Dankeschön!

Die letzten Wochen standen ganz im Zeichen der Öffentlichkeitsarbeit und des Fundraising für Brot & Rosen. Zum einen liegt nun nach langem Überarbeiten und Herumfeilen ein neues Faltblatt vor, das besser als bisher auf kleinem Raum einen guten Einblick in unser Leben und Arbeiten gibt. Wir hätten zuvor allerdings nicht gedacht, dass so viel zu bedenken ist, wenn wir einerseits ehrlich über uns erzählen und andererseits ansprechend um Spenden werben wollen. Wer mag, kann gerne einige Exemplare zum Weiterverteilen bei uns anfordern. Dann kam Anfang November das Buch „Frieden stiften – jeden Tag. 365 Gedanken und Anstöße“ vom Drucker hier an – 4.000 Exemplare zum Weitergeben!

Andrea, Jens, Johannes und Mike beim Rundbriefversand

Das ist ein echtes Geschenk für uns. Jens Schild und Ute Grevsen, beide ehemalige Brot & Rosen-Mitglieder, überzeugten uns, dass es gerade in dieser Zeit angesichts dunkler Kriegswolken wichtig ist, dieses Buch endlich in Deutschland herauszugeben. Ein herzliches Dankeschön an Jens und Ute, desgleichen an Chris und Mike hier aus dem Haus, die dieses Projekt maßgeblich durchgeführt haben!

Fremdlinge bei unserer Party

Übrigens war bei uns relativ spontan für 1 ½ Tage das Fernsehen im Haus. Also, für alle, die uns kürzlich im TV gesehen haben sollten: Das war keine Fata Morgana. Das ZDF sendete am Reformationstag (31.10.) unter dem Titel „Freiheit wagen“ einen Kurzfilm über eine Arztfamilie, die sich in Kenia für AIDS-kranke Menschen einsetzt, und über uns hier in Hamburg. In der Form eines Porträts über Ute Andresen versuchte das Filmteam, in wenigen Minuten zu vermitteln, was „Freiheit wagen“ mit unserem Leben und Arbeiten mit Flüchtlingen zu tun hat.

Bei so viel öffentlicher Aufmerksamkeit ist es vielleicht paradox, dass sich gleichzeitig wieder eine größere Veränderung in der Kerngemeinschaft ankündigt. Im nächsten Jahr werden Chris und Johannes Brot & Rosen verlassen. Beide haben jahrelang die Gemeinschaft mit geprägt und sich mit vielen Gaben eingebracht. Chris gehörte schon zur Gründungsgruppe von Brot & Rosen und dieser Schritt fällt ihr nicht leicht. Für uns Anderen wirft solch eine Veränderung natürlich auch eine Menge Fragen auf, u.a. die nach der Neuverteilung der vielfältigen Aufgaben aber auch grundsätzlicher die nach dem zukünftigen Profil von Brot & Rosen. Die Veränderungen nehmen kein Ende – „nur wer sich bewegt, bleibt lebendig“, heißt es. Etwas mehr Ruhe wäre ab und an auch nicht schlecht, denkt jedoch die andere Seite in mir ...

Andererseits war dies immer ein Wesensmerkmal der Catholic Worker Bewegung – in Bewegung zu bleiben. So wollen auch wir die Herausforderung unserer Veränderungen mit gutem Mut annehmen. Sichtbares Zeichen dafür ist, dass wir nach sechs Jahren Leben im Gemeinschaftshaus etappenweise verschiedene Renovierungen und Umbauten vornehmen. Beim Wechsel der Zimmer unter den MitbewohnerInnen wurden einige Schönheitsreparaturen überfällig. Und, finanziert durch das Hamburger Spendenparlament, werden wir noch vor Weihnachten einen Türdurchbruch samt Bodenverlegung zwischen Küche und Esszimmer vornehmen lassen, sowie beide Bereiche gründlich renovieren. Wir hoffen, dass die beiden Räume nicht nur praktischer zu nutzen sein werden (direktere Verbindung zwischen Kochen und Essen), sondern auch eine schönere und damit gastlichere Atmosphäre haben werden. Schaut doch mal im Neuen Jahr rein, um diese Veränderungen selbst in Augenschein zu nehmen.

Dietrich Gerstner

Aktion:

Frieden stiften - jeden Tag

Seit sechs Jahren lebt die Brot & Rosen-Gemeinschaft mit obdachlosen Flüchtlingen in Hamburg-Bramfeld. Viele kommen aus Kriegs- und Krisengebieten. Klar, dass Krieg und Frieden weltweit die Gemeinschaft schon lange existentiell beschäftigen. Und immer wieder suchen wir nach Formen, wie wir unserer Überzeugung Ausdruck verleihen können.

Jetzt konnten wir ein kleines Büchlein zum Frieden zusammenstellen: 365 Gedankenanstöße, Gedichte, Erfahrungen, Meditationen, Gebete und Texte aus der Bibel und anderen heiligen Schriften und von bekannten und unbekannten Persönlichkeiten. Schon die Arbeit an den Texten hat uns persönlich gezeigt: Die Botschaft fühlt sich sehr wichtig an, bringt Freude von innen und Friede nach außen. Viele Texte haben immer wieder ein unwillkürliches Lächeln in unsere Gesichter gebracht. Die Botschaft der Gewaltfreiheit gilt für unser Innenleben, persönliche Beziehungen, unsere Gesellschaft wie für internationale Politik.

Frieden stiften - jeden Tag
365 Gedanken und Anstöße,
mit einem Vorwort von Dorothee Sölle,
hg. von Brot & Rosen, Hamburg

Bestellungen:
- mit beiliegender Postkarte,
- telefonisch:. 040 – 69 70 20 85
- eMail: basisgemeinschaft@brot-und-rosen.de
- oder einfach einen entsprechenden Betrag überweisen an: Gerstner für Frieden stiften, Kontonr. 734123204, Postbank Hamburg, BLZ 20010020. Anzahl und Adresse nicht vergessen - dann bekommt Ihr Eure Bestellung zugeschickt.

Angestoßen wurde das Projekt von einem kleinen Buch „Peacemaking Day by Day“ von Pax Christi USA. Dieses „Losungsbüchlein“ haben wir in der US-Friedensbewegung als Kraftquelle kennen gelernt. Schon vor Jahren hat unsere Freiwillige Christiane Wiedemann große Teile des Buches aus dem Amerikanischen übersetzt. Dieses Jahr sind wird endlich dazu gekommen, das Buchprojekt abzuschließen.

Wir konnten sechs Friedensorganisationen dafür gewinnen, das Buch mit herauszugeben und mit zu verteilen. Durch die gemeinsame höhere Auflage wurde der Druck finanzierbar. Zahlreiche FreundInnen aus der christlichen Friedensbewegung haben ihre „Lieblingszitate“ beigesteuert.

So ist es eine bunte Mischung geworden, aus Zitaten von „Klassikern“ wie Gandhi und Martin Luther King aber auch von ganz vielen unbekannteren Menschen, die Kraftvolles zu Frieden und Gewaltfreiheit gedacht und gesagt haben. Der Brot & Rosen-Freiwillige Mike Horner hat die Texte mit seinen liebvollen Zeichnungen illustriert. Alles in allem eine tolle Teamarbeit und ein schönes Ergebnis.

Wir möchten das Buch auf Spendenbasis abgeben. Vorschlag ist dabei eine Spende pro Exemplar von zwischen drei und fünf Euro. Drei Euro entspricht ungefähr den Herstellungs- und Versandkosten, fünf Euro beinhalten eine Unterstützung für die Gemeinschaft: Alle Überschüsse fließen in die Gastfreundschaft für obdachlose Flüchtlinge.

Könnt Ihr mithelfen, das Büchlein zu verbreiten? Wir finden, dass es sich gut als kleines Weihnachtsgeschenk eignet, für FreundInnen, Bekannte, KollegInnen. Viele, denen wir in den letzten Tagen ein Büchlein in die Hand gedrückt haben, wollten sofort einige mehr zum Verschenken. Wir möchten das Buch über „Mundpropaganda“ verbreiten. Für unser Friedensbuch haben wir keinen Verlag und keinen Werbeetat, aber wir haben einen Haufen Bücher mit einer aktuell wichtigen Botschaft und viele FreundInnen, die wiederum FreundInnen haben ...

Das kleine Büchlein bringt Freude, einfach weil es jeden Tag eine kreative Antwort auf die heute drängendste Frage gibt: „Wie wird Frieden?“

Jens Schild

Die Website zum Buch: **www.frieden-stiften.org**
Dort kannst Du:
- das Buch Tag für Tag „durchblättern“,
- nach Stichworten oder Autoren suchen,
- den Friedenstext des Tages kostenlos per eMail abonnieren.

Thema:

„Heiteres“ Altersraten

Fortsetzung von Seite 1

Auch in Hamburg suchen minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern in Deutschland eingereist sind, Zuflucht. Glaubt man jedoch, dass die Kinder und Jugendlichen es “geschafft“ hätten, wenn sie in Hamburg angekommen sind, ist man einer Täuschung erlegen. Schon seit fast zehn Jahren gibt es in Hamburg Auseinandersetzungen über die Altersangaben minderjähriger Flüchtlinge. Der Grund dafür liegt in der Gesetzgebung: Hat ein Jugendlicher das 16. Lebensjahr vollendet, gilt er als “asylmündig“, was zur Folge hat, dass er allein sein Asylverfahren betreiben muss und in andere Bundesländer umverteilt werden kann. Er fällt dann trotz seiner Minderjährigkeit aus dem System der Jugendhilfe heraus, was dem Staat Geld spart. Ist ein unbegleiteter Jugendlicher hingegen jünger als 16 Jahre, muss er dort, wo er angekommen ist, in einer Erstversorungseinrichtung für Jugendliche untergebracht werden, bekommt einen Vormund und muss zur Schule gehen.

Hamburg versucht daher rigoros und dies mit erschreckendem Erfolg die jungen Flüchtlinge loszuwerden. Seit dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr schrumpfte die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf wundersame Weise um die Hälfte: In den vergangenen Monaten gab es durchschnittlich pro Monat nur noch vierzehn Jugendliche, die als unter 16 akzeptiert wurden, während in früheren Jahren im Schnitt 30 bis 40 solcher Jugendlicher pro Monat in Hamburg ankamen. Das systematische “Ältermachen“ jugendlicher Flüchtlinge in Hamburg ist dabei zur alltäglichen Methode geworden.

Zur Methode der Altersfeststellung

In der Ausländerbehörde wird das Alter der Jugendlichen durch eine SachbearbeiterIn zunächst durch die „Inaugenscheinnahme“ geschätzt. Dazu begutachtet die SachbearbeiterIn den Bartwuchs und das körperliche Erscheinungsbild. Gelegentlich werden auch die Zähne der Jugendliche betrachtet.

Die medizinische Untersuchung im rechtsmedizinischem Institut besteht in der Regel aus der Beurteilung der Zahnstatus, der Geschlechtsmerkmale sowie der Körperbehaarung. Relevant ist hierbei die Entwicklung der Weisheitszähne. Nach dieser kurzen Untersuchung schätzt der Arzt das Alter des Jugendlichen auf unter 16, zwischen 16 und 18 oder auf über 18, ein. Die Hamburger Ärztekammer äußerte in einem Schreiben, dass es aufgrund der Körpergröße und des Bartwuchses sicher nicht die Möglichkeit gibt festzustellen, ob ein junger Mensch unter oder über 16 Jahren alt ist. Auch sei eine Altersfeststellung mit hinreichender Sicherheit aufgrund der Zahnentwicklung nicht möglich.

Was hat sich unter Schill geändert?

Seit dem Wahlsieg der CDU/Schill/FDP-Koalition hat sich die Situation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge weiter verschärft. Die Hamburger Innenbehörde unter Innensenator Schill ist übrigens zuständig für die Ausländerbehörde.

Die Jugendlichen können wie auch schon unter der rot-grünen Regierung innerhalb von 10 Tagen nach ihrer Erstmeldung auf der Ausländerbehörde ihr Alter durch eine medizinische “Untersuchung“ überprüfen lassen.

Innerhalb dieser Frist erhalten die Jungen und Mädchen keinerlei Beratung oder gar jugendspezifische Betreuung. Wie die erwachsenen Flüchtlinge werden sie in Mehrbettzimmern auf den Hamburger Flüchtlingsschiffen untergebracht. Standen den Jugendlichen früher mehrere Ärzte zur Auswahl, so können sie seit November 2001 nur noch im Institut für Rechtsmedizin - wo auch die Brechmitteleinsätze gegen vermeintliche Drogendealer stattfinden - ihr Alter schätzen lassen.

Die UN-Kinderrechtskonvention

Artikel 1
Kind im Sinne des Übereinkommens ist jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendende Recht nicht früher eintritt.

Artikel 22 [Flüchtlingskinder]
Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

Zudem wurde die Beweislast bezüglich der Altersangaben umgekehrt. Es sind die Jugendlichen selbst, die nun nachweisen müssen, dass ihre auf der Behörde gemachten Altersangaben der Wahrheit entsprechen. Ihnen bleibt dazu in der Regel nur die medizinische Untersuchung im Institut für Rechtsmedizin, da von den Jugendlichen vorgelegte Papiere wie z.B. Schülerausweise oder Geburtsurkunden nicht anerkannt werden. Darüber hinaus müssen die Jugendlichen seit Mitte diesen Jahres die Kosten in Höhe von mindestens 75 Euro für die gerichtsmedizinische Untersuchung selber tragen. Ehrenamtliche BetreuerInnen ernteten auf den Sozialen Diensten der Wohnschiffe sowie auf dem Amt für Jugend auf die Frage hin, woher die Jugendlichen denn das Geld nehmen sollten und was man dagegen tun könne, lediglich betroffene Blicke.

Es läßt sich beobachten, dass in der Ausländerbehörde mittlerweile nahezu allen Jugendlichen unterstellt wird, falsche Alters- und Identitätsangaben zu machen. Abfällige und unsachgemäße Bemerkungen der SachbearbeiterInnen sind nicht selten: „Was soll das denn? Das sehe ich doch sofort, dass der über 16 ist. Da rufe ich mal gleich das LKA (Landeskriminalamt)“, kriegte zum Beispiel ein ehrenamtlicher Begleiter zu hören, als er mit einem Jugendlichen das Büro des Sachbearbeiters betrat. Das LKA wurde gerufen, der Jugendliche festgenommen und auf das Polizeipräsidium gebracht und Nachts wieder entlassen. Sechs Tage später stand der Jugendliche erneut mit seiner Begleitung im Büro des Sachbearbeiters. Er kam gerade von der medizinischen Untersuchung, die ihm ein Alter von unter 16 Jahren als wahrscheinlich bescheinigte.

In der Ausländerbehörde wie auch im Institut für Rechtsmedizin werden derzeit nahezu alle Jugendlichen „älter gemacht“.

Laut der Dienstanweisung zur Altersfeststellung vom 29. Januar 2002 wird fortan in der Ausländerbehörde nicht mehr nur ein fiktives Alter „über 16“ festgesetzt, sondern aufgrund äußeren Anscheins auch ein fiktives Alter von 18 Jahren festgelegt. Mit 18 Jahren gelten die Jugendlichen als strafmündig und können z.B. für Drogendelikte, die Schill pauschal bei afrikanischen Flüchtlingen unterstellt, voll zur Rechenschaft gezogen werden. Diese älter gemachten Jugendlichen werden in der Regel sofort vom LKA festgenommen und strafrechtlich wegen „mittelbarer Falschbeurkundung“ belangt. Die Praxis zeigt aber auch, dass von den SachbearbeiterInnen auf „über 16“ gesetzte Jugendliche vom LKA verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden.

Kritische Reflexion

Das Prozedere, das die Ausländerbehörde den neu angekommenen Kindern und Jugendlichen vorschreibt, ist für diese undurchschaubar und kaum in die Praxis umzusetzen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kommunikation von Seiten der MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde fast ausschließlich auf deutsch stattfindet.

```
FLUECHTLINGE
FLU CHT
FLU CH
FLU   T
   E     NGE
F UE H L   E
   ECHT
 LUE      GE
FLUECHT    E
```

Immer wieder treffen ehrenamtliche Betreuer und Betreuerinnnen auf junge Flüchtlinge, die den Weg zum Institut für Rechtsmedizin nicht gefunden haben oder gar nicht wußten, dass sie die Möglichkeit haben, sich von einem Arzt untersuchen zu lassen. Häufig sind die Papiere der Jugendlichen dann bereits abgelaufen, ohne dass sie beim Arzt waren. Ein Großteil der Jugendlichen wünscht sich nach bisherigen Erfahrungen eine Begleitung zu der ärztlichen Untersuchung. Sie sind während der ärztlichen Untersuchung häufig sehr verunsichert und verängstigt, wird ihnen von offizieller Seite auch nicht erklärt, warum sie diese Prozedur über sich ergehen lassen „müssen“. Besonders beschämend ist die Untersuchung, wenn neben dem untersuchenden Arzt noch weitere Personen bzw. Personengruppen wie beispielsweise PraktikantInnen oder Ärzte auf Gastbesuch im UKE anwesend sind. Dann beginnt das „Heitere Geburtstagsraten“ unter den anwesenden Personen und jeder darf seine eigene Alterseinschätzung abgeben.

Die Jugendlichen erfahren zu keiner Zeit eine muttersprachliche Erläuterung dessen, was gerade mit ihnen passiert. Vielen Jugendlichen ist unklar warum man ihnen ihr Alter nicht glaubt und wissen nicht, wie sie ihre Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun, wahrnehmen können.

Es zeigt sich nur allzu deutlich, wie notwendig die Begleitung und Beratung jugendlicher Flüchtlinge ist, um ihnen das volle Maß an den ihnen zustehenden Rechten zukommen zu lassen.

Franziska Gottschalk

Der ausführliche Bericht zur Problematik des Ältermachens kann auf unser Homepage *www.brot-und-rosen.de* eingesehen werden.

Thema:

Festung Europa

Seit einigen Jahren gibt es das Stichwort von der „Festung Europa“. Gemeint sind damit die vielfältigen Bemühungen, die Außengrenzen der EU-Staatengemeinschaft so zu sichern, dass keine Menschen mehr illegal einreisen. In diesem und im kommenden Rundbrief beschreiben wir das Grenzsystem der EU und seine Auswirkungen nach außen und innen.

Was oft vernachlässigt wird: Die EU ist nicht Europa und Europa ist nicht die EU. Die Mehrzahl der knapp fünfzig Staaten Europas gehört nicht zur EU (wohl aber zum Europarat und zur OSZE). Die EU besteht z. Zt. aus 15 europäischen Staaten. 10 weitere Staaten sollen 2004 und weitere 2 Staaten 2007 der EU beitreten. Der EU-Beitritt der Türkei wird noch diskutiert, auch Kroatien, Moldawien und die Ukraine warten auf eine Mitgliedschaft. Über die EU hinaus haben außerdem die Nicht-EU-Staaten Island und Norwegen vollen und die Schweiz teilweisen Zugang zu den Daten des zum EU-Grenzssystem gehörenden SIS-Zentralcomputers (über den die Fortsetzung dieses Artikels handeln wird). Die Karte zeigt die „Festung Europa“, die EU-Staaten innerhalb Europas, die Assoziierungsabkommen und die geplanten Beitrittstermine der EU-Anwärterstaaten.

Schengen: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Grenze Europas verläuft (von der Grenze in den Köpfen mal abgesehen) um den sogenannten „Schengenraum“ herum, auch „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (RFSR) genannt. Im luxemburgischen Schengen wurde 1985 ein Abkommen über die Abschaffung innereuropäischer Grenzkontrollen vereinbart („Schengen I“). 1990 wurde die „Schengen-Konvention“ um umfangreiche Maßnahmen zur Grenzsicherung nach außen erweitert und verabschiedet („Schengen II“). Inzwischen gehören alle Staaten der EU außer Großbritannien und Irland dem Schengenraum an. InhaberInnen eines Schengen-Passes dürfen innerhalb dieser Länder frei reisen. Bemerkenswerterweise wurde das Recht auf Asyl für BürgerInnen eines anderen Schengenstaates abgeschafft. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass im Dezember 2000 das höchste Gericht des nicht zum Schengenraum gehörenden Großbritannien die Abschiebung bestimmter Asylsuchender nach Deutschland und Frankreich für illegal erklärte, da sie nicht mehr als sichere Drittstaaten gälten.

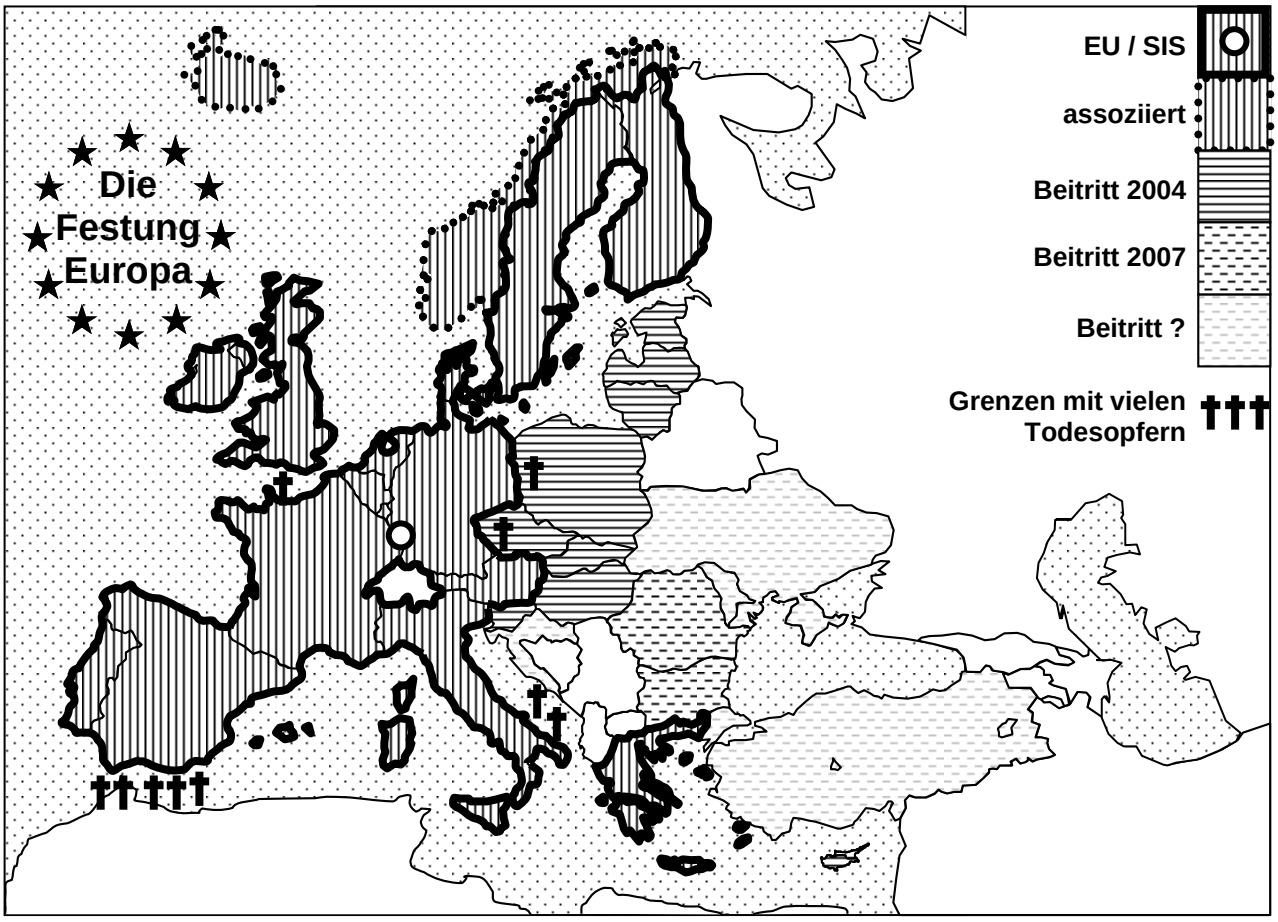
Nicht-EU-BürgerInnen, die InhaberInnen eines Schengen-Visums sind, dürfen sich während des Gültigkeitszeitraums, längstens jedoch 3 Monate pro Halbjahr in den 13 beteiligten Staaten sowie Island und Norwegen aufhalten. Doch so ein Visum ist schwer zu bekommen. Der Schengen-Visumszwang gilt für 130 Länder, gerade für die, aus denen möglicherweise Flüchtlinge kommen können. Lehnt eines der Schengenländer einen Visumsantrag ab, ist dies gleichbedeutend mit einem Totaleinreiseverbot für den gesamten Schengenraum.

Wem kein Visum erteilt wird, wird mit allen Mitteln am Grenzübertritt zur EU gehindert. Entlang der scharf bewachten EU-Grenze kreisen die Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes (BGS) entlang der Ostgrenze, die Küstenwache Italiens kreuzt durch die Adria, französische Fregatten und Militärflugzeuge bewachen das Mittelmeer und Patrouillenboote der spanischen Guardia Civil schützen die Grenze hin nach Afrika. Neben der „üblichen“ Bewaffnung kommen immer mehr High-Tech-Systeme zum Einsatz: Radar, Nachtsichtgeräte, Wärmebildkameras, Hohlraumdetektoren, Wandschichtdicken-Messgeräte, CO_2-Messgeräte, Bewegungssensoren, Mikrofone, und Detektoren, die menschlichen Schweiß registrieren. Die spanische Regierung begann im Sommer 2002 mit der Errichtung einer über 110 km langen „elektronischen Mauer“ entlang der Südküste und auf den zur EU gehörenden afrikanischen Enklaven und Inseln. Grenzbeamte sollen europaweit einheitlich geschult werden, eine europäische Grenzpolizei ist in Planung. Innerhalb eines 30 km-Grenzstreifens kann jede Person kontrolliert, Häuser und Wohnungen ohne richterliche Genehmigung betreten, verdeckte Foto- und Videoüberwachung installiert werden („Schleierfahndung“). Nach Angaben des BGS wurden dabei 2001 allein in Deutschland 1 Millionen Menschen überprüft, davon waren 28.072 illegal eingereist. Die Beamten des BGS wurden in den letzten 10 Jahren mehr als verzehnfacht, insgesamt sind 2,4 Beamte pro Kilometer der Ostgrenze im Einsatz, der Jahresetat betrug bereits 1998 über 3 Milliarden €. Aber auch die Bevölkerung beteiligt sich rege an der Ausländerjagd: Nach BGS-Angaben gehen 50% aller Festnahmen an der Grenze auf Hinweise aus der Bevölkerung zurück. Eine gebührenfreie Servicenummer lädt zur Denunziation ein und zivile Patrouillen aus Privatpersonen unterstützen den BGS freiwillig.

Tod im Gefrierlaster (Tagesspiegel 21.8.02)

In Spanien werden Erinnerungen an das Flüchtlingsdrama von Dover wach. Damals, vor zwei Jahren, waren 60 Chinesen in einem Laster erstickt. Jetzt hat die baskische Polizei in einem Gefrierlaster aus Casablanca vier tote Männer entdeckt. Offenbar hatten sie versucht, illegal von Marokko nach Europa überzusetzen. Der Fahrer, ein 28-jähriger Marokkaner, der die Beamten wegen verdächtiger Geräusche im Laderaum alarmiert hatte, wurde wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung verhaftet. Wie es hieß, hatte er die Kühlanlage nicht eingeschaltet. Die vier Opfer im Alter von 23 bis 26 Jahren starben vermutlich an Sauerstoff- oder Wassermangel.

Zu dieser Grenze gehören auch die Überseehäfen und insbesondere die internationalen Flughäfen. Fluglinien (und ebenso Bahn- und Schifffahrtsgesellschaften), die Flüchtlinge ohne gültige Visa befördern, werden hohe Strafen angedroht („Carrier Sanctions“). Die Transitzonen der Flughäfen, berüchtigt ist der internationale Flughafen in Frankfurt, gilt als Niemandsland. Wenn dort Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsländern oder mit unzulänglichen Ausweisen eintreffen, werden sie festgenommen und interniert. Sie gelten noch nicht als eingereist, werden in isolierter Lage, teils über Monate wie in einem Gefängnis gehalten mit der ständigen Furcht, in das Heimatland zurückgebracht zu werden.



Menschen, die Schutz vor Verfolgung, Krieg und Armut suchen, sind so auf Fluchthelfer angewiesen. Während diejenigen, die während der Nazizeit Juden und Jüdinnen die Flucht aus Deutschland ermöglicht haben, im Nachhinein geehrt werden, und während der Bundesgerichtshof die kommerzielle Fluchthilfe aus der DDR ausdrücklich gebilligt hat, werden heutige Fluchthelfer pauschal als „Schlepper“ oder „Schleuserbanden“ bezeichnet und kriminalisiert. Die Verschärfung der Grenzen bewirkt vor allem, dass die Einreise in die EU für die Betroffenen immer teurer und zu einem lebensgefährlichen Risiko wird. Jahr für Jahr sterben an den EU-Grenzen mehr als 2.000 Menschen, ertrinken in Grenzflüssen, kentern auf seeuntüchtigen Schiffen, verbrennen in Stromstößen von Oberleitungen, erfrieren oder ersticken in Zwischenböden von Lastzügen oder Containern, verunglücken von der Polizei verfolgt in überladenen Kleinlastern oder erliegen Bisswunden von Polizeihunden. Allein in der Meerenge von Gibraltar verloren zwischen 1997 und 2001 nach offiziellen Angaben 3.286 Menschen bei dem Versuch, auf EU-Territorium zu gelangen, ihr Leben.

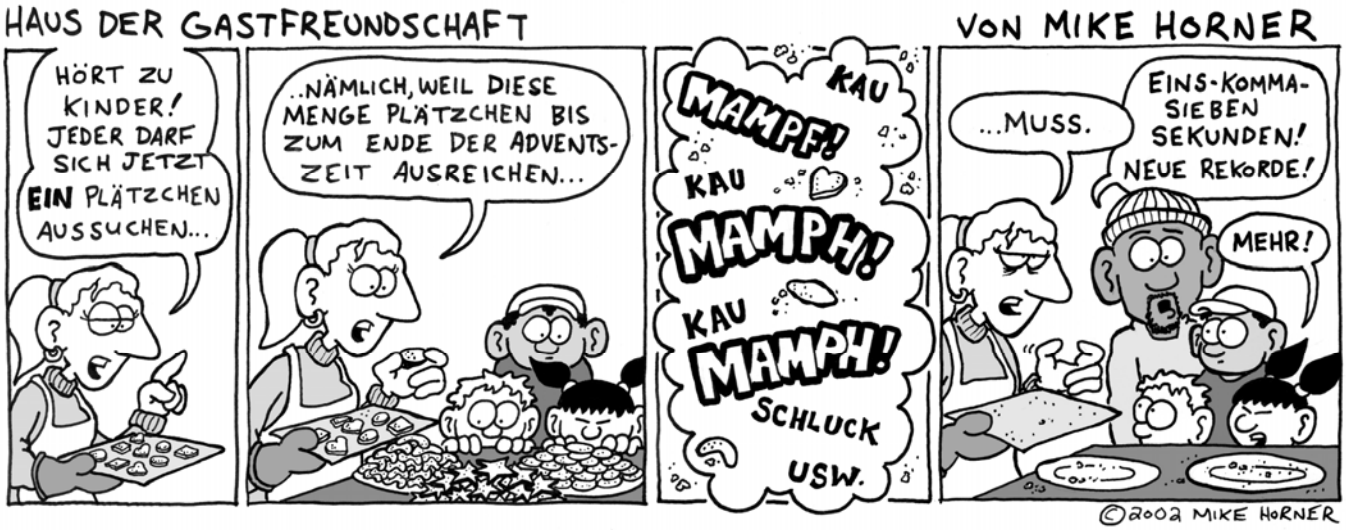
> „Die EU muss sich [...] die Frage stellen, ob ihre Festungspolitik ein paar Tausend Tote jährlich rechtfertigt.“
>
> *Karl Kopp, Pro Asyl*

Der zweite Grenzwall

Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren ein zweiter, weniger auffälliger Grenzwall eingerichtet. Die EU-Anrainerstaaten und Herkunftsländer werden immer stärker unter Druck gesetzt, dafür zu sorgen, dass keine „illegalen MigrantInnen“ in die „EU“ vordringen können. Für die Sicherung ihrer Grenzen werden finanzielle, technische und personelle Mittel bereitgestellt. Gefügigkeit auch in diesem Punkt ist eine der Voraussetzungen, um in die EU eintreten zu dürfen oder weiterhin wirtschaftliche Hilfen zu erhalten. Die EU bezieht in das Konzept der vorverlagerten Abwehr von Fluchtbewegungen sogar Verfolgerstaaten wie die Türkei ein. In Litauen wurde auf Druck von Seiten der EU hin Unterstützung für „Illegale“ mit einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren belegt. Tschechien führte die Visumpflicht für Menschen aus der Ukraine ein, woraufhin Tausende von Menschen über Nacht illegalisiert waren. Mit einer Reihe von Staaten wurden Rückübernahmeabkommen geschlossen. Tausende von Flüchtlingen sind in den vom Krieg zerstörten Ländern des Balkans „hängen“ geblieben, hausen in Lagern und Notunterkünften und hoffen auf eine Weiterreise. Des weiteren werden in potentiellen Emigrationsländern Beamte eingesetzt, um Informationen zu sammeln, zu analysieren und Expertisen zu erstellen, um möglichst frühzeitig vor „Migrationsströmen“ in Richtung EU zu warnen.

Johannes Majoros-Steinmetz

Die Fortsetzung im nächsten Rundbrief wird sich mit dem Schengen-Informationssytem SIS und dem Widerstand dagegen beschäftigen.



Aufgepasst !?

Ein kleines Ratespiel für alle langjährigen und aufmerksamen LeserInnen unseres Rundbriefes: Etwas ist ab sofort anders und neu bei diesem Rundbrief! Wer hat's bemerkt?
Wer's weiß, schreibt uns. Die ersten drei EinsenderInnen gewinnen jeweils ein Buch „Frieden stiften - jeden Tag".

Lieber, lieber Nikolaus, dies wünschen wir in unser Haus:

- *eine Gitarre*
- *einen Toaster*
- *Kaffee*
- *Schwarztee*
- *Roibush-Tee*
- *Briefmarken*
- *eine neuwertige Kühl-Gefrierschrank-Kombi*
- *ein Transistorradio, wenn möglich mit Kassettenteil*

Herzlich willkommen

zu unseren **Offenen Abenden** und **Hausgottesdiensten**!

Diese finden jeweils am dritten Dienstag im Monat statt.
Beginn: 18.30h (Essen), 19.30h (Programm)

17. Dezember 2002: **Weihnachtlicher Erzählabend**
Auch dieses Jahr wollen wir uns wieder beim gemeinsamen Singen, Geschichten vorlesen und erzählen und besinnlicher Musik ausruhen.

14. Januar 2003: Hausgottesdienst

18. Februar 2003: Bleiberechtskampagne
Aus Anlass der geplanten Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes hat Pro Asyl eine Bleiberechtskampagne ins Leben gerufen. Die in anderen Ländern übliche, in unregelmäßigen Abständen erfolgende Legalisierung der „Illegalen" von Staats wegen wird in Deutschland immer noch nicht praktiziert. Stattdessen wird die Rechtlosigkeit Hunderttausender von Menschen unter uns zementiert. Ein/e ReferentIn (N.N.) wird uns über den aktuellen Stand der Kampagne informieren.

18. März 2003: Hausgottesdienst

Am **Karfreitag, 18. April 2003**, laden wir wieder ein zu einem politischen **Kreuzweg für die Rechte der Flüchtlinge** durch die Innenstadt. Gehen Sie mit!

"Brot & Rosen" ist der Rundbrief der "Diakonischen Basisgemeinschaft in Hamburg", einer christlichen Lebensgemeinschaft im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Wir leben gemeinsam mit obdachlosen Flüchtlingen in einem "Haus der Gastfreundschaft". Dabei sind wir dankbar für alle Anregungen, Unterstützung und Mitarbeit.
Die Arbeit der Basisgemeinschaft trägt sich durch das Engagement ihrer Mitglieder und UnterstützerInnen. Die Mitglieder stellen ihre Zeit unentgeltlich in den Dienst der Gemeinschaft. Einen einfachen Lebensunterhalt verdienen wir durch Teilzeitarbeit.
In Hamburg leben und arbeiten zusammen: Ute Andresen, Christiane Danowski, Uta und Dietrich mit Joel, Elias und Daniel Gerstner und Johannes Majoros-Steinmetz. Birke Kleinwächter mit ihrem Sohn Jonas und Mike Horner leben als Freiwillige mit.
"Dazu" gehören auch viele tolle Unterstützer und Unterstützerinnen in Hamburg und anderswo.

Unsere Adresse: Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft, Fabriciusstr. 56, 22177 Hamburg, Telefon: 040 / 69 70 20 85, Fax: 040 / 69 70 20 86, Internet: www.brot-und-rosen.de, Email: basisgemeinschaft@brot-und-rosen.de.

Spendenkonto: "Trägerverein Diak. Basisgemeinschaft e.V." Nr. 23 88 13, Ev. Darlehnsgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37.
Bitte bei Überweisungen unbedingt *Adresse und "Spende" im Feld Verwendungszweck angeben!*